

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Heftpreis Nr. 55

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Heftpreis Nr. 55

Die „Neuß-Grevenbroicher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage, Feiertage und des 1. Mai. Als Beilage das St. Quirinusblatt. Preis für den Monat durch Boten ins Haus gebracht Mk. 8.00. Geschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46. Gleichsam: Giro-Konto. Postfach-Konto 41800.



Anzeigen finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem künftigen Leserkreis unseres Blattes die beste Wirkung. Anzeigenpreis für die 9-spaltige Zeile 1.50 Mark, außerhalb der Kreise Neuß und Grevenbroich 1.75 Mark, und für die 4-spaltige Zeile 5.00 Mark. Anzeigen erbeten bis 5 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Zahlung bei Aufgabe.

Nr. 296

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. Heinrich Staab.

Dienstag, 27. Dezember 1921 (Johann A.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei, Neuß.

48. Jahrgang

Franszösische Stimmungsmache für Cannes.

Neuzeit in Kürze.

Paris, 27. Dez. Der Verteidiger des zum Tode verurteilten Gruppen wird beim Reichsgericht Revision gegen das Schwurgerichtsurteil betr. den Kleppelsdorfer Mord einlegen.
Wiesbaden, 24. Dez. Die holländischen und schwedischen Kurgäste veranstalteten eine Sammlung, die 101 775 Mark ergab, und die dem Bürgermeister gestiftet übergeben wurden. Die Spende soll für die Kinder und Familien der Verlebten des Mittelstands als Weihnachtsspende verwendet werden.
Paris, 24. Dez. In einer Ortschaft bei Pau hat sich ein Bauer in seiner Wohnung verbarrikadiert, die er seit gestern mit einem Jagdgewehr verteidigt. Er hat bereits einen Vorübergehenden und zwei Gendarmen getötet. Das Haus soll in die Luft gesprengt werden.
Paris, 26. Dez. Die französische Regierung hat durch ihren Vizepräsidenten in Madrid Aufforderungen über die Maßnahmen verlangt, die die spanische Regierung gegenüber der französischen Einfuhr nach den Kanarischen Inseln und den spanischen Besitzungen in Marokko getroffen hat.
Marseille, 26. Dez. Hier wurde heute der erste Kongress der französischen kommunistischen Partei eröffnet. 850 Delegierte nahmen an dem Kongress teil.

Kathenaus Bericht.

Berlin, 24. Dez. Sofort nach Rückkehr in vorgerückter Abendstunde erstattete Dr. Rathenau dem Reichsfiskus Bericht, an dem sich eine Besprechung mit dem Reichspräsidenten anschloß. Die Londoner Vorgespräche in Cannes begünstigen die Verhandlungen über die Entschädigung der französischen Unterthanen, die während der französischen Revolution in Deutschland verhaftet wurden. Die Reparationslasten Deutschlands zunächst für das ganze Jahr 1922 wirtschaftlich erträglich gestaltet werden können.

London, 26. Dez. Lloyd George ist am 26. Dezember vornehmlich nach Cannes abgereist.

Nur keine Rücksicht auf Deutschland!

Paris, 24. Dez. In den Mandatsländern der Kammer herrscht heute seit den ersten Mandatsländern die heftigste Bewegung. Die republikanische Sammlungspartei „Demokratische Front“ hielt vornehmlich eine Fraktionslösung ab, an der von den 180 Mandatsmitgliedern nur die 75 Oppositionellen teilnahmen, die schon bei früheren Vorstößen gegen Briand mitgewirkt haben. Sie beschloßen, die sofortige Verantwortung der Interpellation Lloyd George zu verlangen und namentlich Erklärungen über die Gründe von einer eventuellen Milderung der Verurteilung des Reiches zu fordern.
Gleichzeitig hielt die „Radikale und sozialistische radikale Partei“, deren Mitglied Lloyd ist, eine Beratung ab, in der sie die Auffassung durchsetzte, daß die Partei dem Kabinett seine Schwierigkeiten machen dürfe. Man entschied sich für einen Ausweg, indem man bei Briand anfragte, ob er zu einer Antwort bereit sei, im Falle die Interpellation Lloyd in eine einfache Anfrage verwandelt werde. Briand erklärte sich damit einverstanden. Die Hoffnungen der Gegner Briands auf der Rechten waren damit vereitelt.

Lloyd ergreift heute nachmittags gleich nach der Eröffnung der Sitzung das Wort und äußerte aus: Vor dem Tod der Welt würde das Los des französischen Steuerzahlers geregelt werden. Die Franzosen zahlen doppelt so viel Steuern wie die Deutschen, wie in einem heute morgen verlesenen Bericht des Senators Chéron nachgewiesen wurde. Er fragte deshalb die Regierung: Wird der französische Steuerzahler nach der Konferenz von Cannes der Gefahr ausgesetzt sein, neue Steuern an Stelle des deutschen Steuerzahlers zahlen müssen? (Beifall rechts.)

Briand erwiderte, er habe in London in der größten Herzlichkeit Meinungen mit Lloyd George ausgetauscht. Die Einkünfte zwischen England und Frankreich sei so vollständig und befriedigend wie möglich, aber auch die anderen Verbündeten hätten mitzugehen. Deshalb sei es unmöglich, vor der Konferenz von Cannes über Lösungen zu beratscheln.
Es sei nicht die Rede davon, daß Frankreich in Cannes auf irgendwelche Garantien, über die es verfügt, verzichten werde. Lloyd George habe die besondere Lage Frankreichs anerkannt und nicht davon gesprochen, daß Frankreich auf den nächsten Konferenzen auch nur das kleinste Opfer zu bringen werden könnte. Er, Briand, habe mit Lloyd George überlegt, wie man am besten Zahlungen von Deutschland erlangen könne. Es sei keine Rede von einer Revision des Versailler Vertrages oder von tiefgehenden Änderungen der Zahlungspläne. Neue Beschlüsse über die Reparationen müßten übrigens dem Parlament zur Genehmigung vorgelegt werden, wenn sie eine Milderung des Versailler Vertrages darstellen. Frankreich werde auf die ihm zustehenden Wiedergutmachungen in keinem Punkte verzichten. Briand führte weiter aus: In Cannes werden die verschiedenen Interessen, welche die Völker einen, geprüft werden. Der Vertrag durch die Diplomaten genügt nicht immer, die unmittelbare Aussprache sei ein sehr wertvolles Mittel zur Lösung von Schwierigkeiten. Die Londoner Unterhandlungen hätten sich um die Mög-

lichkeit eines besseren Zusammenarbeitens in der Welt gedreht.

Lloyd erklärte, er nehme von Briands Aufzeichnung Kenntnis, daß der Versailler Vertrag nicht ohne Zustimmung des Parlaments geändert werden könne. Er bitte um Auskunft, ob der Vertreter im Wiedergutmachungsausschuß beauftragt worden sei, die Frage des inneren deutschen Anleihenbedarfs zur Sprache zu bringen.

Briand antwortet, diese Frage sei auch von vielen anderen Seiten aufgeworfen worden. Er könne sich aber nicht auf detaillierte Mitteilungen darüber einlassen. Er hoffe, daß seine Erklärung genüge, die Kammer zu beruhigen. (Lärm rechts.) „Ich will nicht sagen, die ganze Kammer.“ (Beifall und Beifall.)

Lloyd versucht, Briand durch eine Reihe von Fragen zu detaillierten Angaben über die deutschen Zahlungen in den nächsten Jahren zu veranlassen. Briand beschränkt sich auf die Wiederholung der Feststellung, daß keine der Interessen Frankreichs geopfert werde. Er lehnt es erneut ab, in eine detaillierte Erörterung einzutreten, weil die Debatte seinen Charakter annehmen dürfte, der mit der Würde der Kammer nicht vereinbar wäre.
Nach einer letzten Bemerkung von Lloyd, der verächtlich, er sei der Würde der Regierung nicht zu nahe getreten, schließt der Kammerpräsident die Debatte durch die folgende Erklärung: „Der Zwischenfall ist geschlossen.“

Es folgt eine Auseinandersetzung über das Datum von zwei Interpellationen, deren eine die Frage betrifft, wie die deutsche Regierung zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gezwungen werden soll, während die andere das Regime des besetzten Rheinlandes betraf. Die Oppositionellen beschließen durchzugehen, daß die Botschaft, noch vor der Abreise Briands nach Cannes auf die Tagesordnung gesetzt werde. Die Kammer beschließt, dem Wunsch Briands zu entsprechen und die Interpellationen über die äußere Politik bis Mitte Januar zu verschieben. Die Kammer beginnt dann die Erörterung der Interpellationen über die Chinabank. Die Kammerberatung dauert an.

„Von der Illusion zur Wirklichkeit.“

Paris, 24. Dez. Der Gaulois schreibt unter der Überschrift: „Von der Illusion zur Wirklichkeit“, es sei zweifellos möglich, daß die Illusionen der Vergangenheit beseitigt werden. Jedoch müsse man die tiefe Ursache der Enttäuschung in der Tatsache suchen, daß man in Frankreich zu lange mit Beharrlichkeit die Wirklichkeit verkannt habe. Man habe geglaubt, daß die Freundschaft Amerikas einen Bestand ohne Grenzen und ohne Vorbehalt nach sich ziehen werde. Man habe auch angenommen, daß das Einverständnis mit England sich durch eine politische Einheit der beiden Völker bei der Erfüllung eines Wiedergutmachungs- und Sicherheitsprogramms für Frankreich zeigen werde. Die französische Politik müsse, so sage man, sich der europäischen anbeugen. Aber man sage auch, daß, wenn man von der Rheinfrage spreche oder von den Wiedergutmachungen, man die Franzosen als Imperialisten betrachte, die den allgemeinen Frieden stören und sich der Lösung der wirtschaftlichen Krise widersetzen. Wenn man also nicht feierlich erklären möchte, was zu nichts führen würde, müßte Frankreich mit der Verteidigung seiner Interessen eine Geschicklichkeit, eine Anpassungsfähigkeit und einen Takt zeigen, die sich schwer mit dem berechtigten Gefühl von der Gerechtigkeit der französischen Sache und von der Unantastbarkeit seines Rechts vertragen würden. Ob man es wolle oder nicht, Frankreich müsse die notwendige Folgen einer Umgestaltung tragen, die die menschliche Widerstandsfähigkeit übersteige.

Kulturkampf.

Wien, 26. Dez. Infolge eines Beschlusses der Wiener Schulleiterversammlung sollen ab 1. Jan. 1922 Kreuzzeichen und Schulgebete aus den Wiener Schulen verschwinden.
Dazu bemerkt der „Bayerische Kurier“ recht treffend: Wenn sich die gläubigen Eltern das gefallen lassen und nicht mit allen Mitteln, auch dem Schulstreik, dagegen demonstrieren, dann verdienen sie nicht mehr als solche Vorgesetzten der sozialistischen Behörde!

Washington.

Der Unterseebootstreik.

Paris, 25. Dez. Havas meldet: Valseur erklärte auf die amerikanischen Vorschläge, Großbritannien nehme die Zahl der Unterseeboote, die ihm zugesprochen sei, an.
Admiral de Bon sagte, 90 000 Tonnen seien ein Mindestmaß an Unterseebooten für jedes Land. Eine Herabsetzung unter diese Zahl käme einem Verstoß gleich. Frankreich könne deshalb die vorgeschlagenen 31 000 Tonnen nicht annehmen.

Schäfer erinnerte daran, daß Italien den Grundgedanken der Gleichheit mit allen Mittelmeerländern erwarde unter der Bedingung, daß das gemeinsame Mindestmaß auf die

Verteidigungsbedürfnisse begründet sei. Falls Frankreich die 31 000 Tonnen annehme, nehme Italien gleichfalls diese Zahl an, unter der er nicht herabgehen könne, ohne von seiner Regierung Anweisung zu haben.

Havas betonte, daß 54 000 Tonnen Unterseeboote zur Verteidigung des japanischen Archipels erforderlich seien, er könne deshalb den amerikanischen Vorschlag von 31 000 Tonnen nicht annehmen und bleibe bei 54 000 Tonnen, selbst wenn die Vereinigten Staaten auf 60 000 Tonnen herabgingen. Die Unterseeboote würden auf Dienstag vertagt.

Wieder von vorne?

Washington, 26. Dez. Laut Sun herrscht in gewissen Kreisen der Washingtoner Konferenz der Eindruck vor, daß Staatssekretär Hughes beabsichtige, auf die Abrüstung zu Land und zu Wasser zurückzukommen, nachdem die Seefrage geregelt sei.

Die Güter in Ägypten.

Paris, 26. Dez. New York Herald meldet aus Kairo: Gestern kam es wieder zu Unruhen. Fünf ägyptische Studenten wurden getötet und zwanzig verwundet. Fast die gesamte studierende Jugend in Kairo ist in den Streik getreten. Bagdad und die anderen Verhafteten bleiben in Syrien unter militärischer Bewachung, bis die Entscheidung über ihren zukünftigen Aufenthaltsort getroffen ist. Wie Havas aus Malta meldet, erhielten zwei englische Regimenter Befehl, sich zur Einschließung Ägyptens bereitzustellen.

Die neue Umsatzsteuer.

Köln, 26. Dez. Das Landesfinanzamt Köln teilt mit: Der 11. Ausschuss des Reichstages hat in erster Lesung die Novelle zum Umsatzsteuer-gesetz angenommen.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1922 ab ist mit dem Inkrafttreten der folgenden wichtigen Änderungen zu rechnen: Der Steuersatz wird auf 2 oder 2 1/2 % (genaue Höhe steht noch nicht endgültig fest) erhöht werden. Die Einfuhr bleibt wie bisher steuerfrei, es sei denn, daß es sich um die Einfuhr von Luxusgegenständen handelt, die auch jetzt schon steuerpflichtig war. Die bisherige Steuerfreiheit für erste außerhalb des Reichs handels erhaltene Umstände eingeführte Gegenstände wird auf eine Reihe von Waren beschränkt, die in der Hauptsache Rohstoffe, Halbfabrikate, sowie notwendige Lebens- und Futtermittel umfassen. Die Befreiung in das Ausland wird im Gegensatz zum bisherigen Gesetz der Steuer unterworfen. Dem Schutz des Ausfuhrhandels wird dadurch Rechnung getragen, daß zwar die Lieferung durch den inländischen Fabrikanten oder Zwischenhändler an den Ausfuhrhändler steuerpflichtig, aber dessen Ausfuhr von der Steuer befreit ist. Das bisherige von vielen Klagen Anlaß gebende Vergütungsrecht des § 4 kommt somit in Fortfall. Eine Vergütung ist nur noch in denjenigen Fällen erforderlich, in denen es sich um Luxusgegenstände handelt. Hier wird dem Ausfuhrhändler, der die Waren mit 15 % belastet kauft, der Unterschied zwischen der allgemeinen und der Ausfuhrsteuer vergütet. Die bisherige Vergütung beim Export von Automobilen und sonstigen Kraftfahrzeugen zur gewerblichen oder beruflichen Verwendung kommt in Fortfall und wird auf solche Fahrzeuge zur Personenbeförderung beschränkt, die der Ausübung des Fuhrhaltergewerbes dienen.

Eine besonders wichtige Änderung enthält die Novelle durch die Wiedereinführung der obligatorischen Abschlagszahlungen. Innerhalb eines Monats nach Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres haben die Steuerpflichtigen eine Vorauszahlung zu leisten. In den Fällen, in denen der Steuerabschnitt ein Kalendervierteljahr beträgt (z. B. bei den Zinsen- und Erbschaften), wird die Vorauszahlung der Abgabensteuer richtet sich die Vorauszahlung nach der Steuererklärung. Bei der allgemeinen Umsatzsteuer, bei der der Steuerabschnitt das Kalendervierteljahr umfaßt, hat der Steuerpflichtige innerhalb eines Monats nach Ablauf eines Kalendervierteljahres eine Vorauszahlung in doppelter Ausfertigung über die in dem abgelaufenen Kalendervierteljahre vereinnahmten Entgelte abzugeben und gleichzeitig eine diesen entsprechende Vorauszahlung zu leisten. Fällige Vorauszahlungen, die nicht bis zum Ablauf des auf das Kalendervierteljahr folgenden Monats bei der Steuerstelle eingegangen sind, sind mit 5 % zu verzinsen. Soweit derartige Verzugszinsen von Steuerpflichtigen nicht besonders eingezahlt werden, hat die Steuerkasse von dem als Vorauszahlung eingegangenen bei Schluß des Steuerabschnittes auf die veranlagte Steuer anzurechnenden Beträge ohne weiteres in Abzug zu bringen.

Wiederaufbau und Reparation.

Es ist zum Zeitvertreib, daß am Anfang und Ende jeder Wiederaufbauüberlegung die Forderung nach erhöhter Produktion steht? Oder muß vielmehr den Ständen, die im Besitz der Produktionsmittel sind, nicht immer wieder ins Bewußtsein gerufen werden, wie sehr das Schicksal jeden Einzelnen von ihnen heute zum Treuhänder der nationalen Zukunft gemacht hat? Und muß nicht gleichzeitig die Moral des deutschen Verbrauchers mit allen Mitteln umgestellt werden? Wir beziehen mehr an Waren vom Ausland, als wir umgekehrt an dieses abgeben. Darum die finstere Bilanz. Eine Verbesserung unserer Handelsbilanz durch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Innenerzeugung, Bekämpfung des unnötigen Aufwandes und Minderung des Auslandsabflusses würde der Entwicklung unserer Landwirtschaft eine andere Wendung geben. Dann vor allem, wenn es uns zugleich gelingt, den deutschen Staatshaushalt so in Ordnung zu bringen, daß Einnahmen und Ausgaben sich decken. Dazu bedürfen wir einer Kampagne. Erst wenn wir durch eine Ausgleiche unserer Staatshaushalts, eine Stärkung unserer Wirtschaft, eine Stabilisierung unserer Währung erfolgt ist, können wir wieder an Wiedergutmachungsleistungen denken.

Von dem Ziele sind wir noch weit entfernt. Unsere Landwirtschaft hat sich nach dem Kriege zwar verhältnismäßig schnell und gut erholt. Ihre frühere Ertragshöhe ist aber noch nicht erreicht. Sie muß aber bald wieder zu ihrer alten Leistungsfähigkeit im Interesse einer vom Ausland möglichst unabhängigen Volksernährung gelangen. Weniger erfreulich steht es noch immer mit unserer Industrie. Wir haben noch unsere industriellen Gebühlichkeiten, unsere Maschinen, kurz den industriellen Apparat wie vor dem Kriege. Aber er wird nicht entsprechend ausgenutzt. So beschäftigt die Textilindustrie immer erst 80 Prozent ihrer Spindeln, genau so sind die Webereien noch nicht ausgenutzt. Der Grund liegt in der mangelhaften Belieferung mit Rohstoffen. Der Baumarkt ist vollkommen unbefriedigend. Auch in der Eisenindustrie ist eine große Anzahl von Hochöfen noch nicht in Tätigkeit, trotzdem wir doch in Eisen- und Stahl den größten Teil unserer Güterindustrie verloren haben. Auch hier liegt die tiefste Ursache in dem derzeitigen Fehlen der Rohstoffe. Wir haben teilweise ähnliche Zustände wie in den Monaten nach der Revolution, wo der Rohstoffmangel eine volle Beschäftigung der Betriebe und einen entsprechenden Anstoß an den Weltmarkt verhinderte.

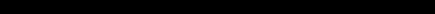
Wir kennen im Augenblick im Gegensatz zum Ausland eine Arbeitslosigkeit so gut wie gar nicht. Aber aus unseren Betrieben könnte noch viel mehr an Leistungen herausgeholt werden. Wir sprechen heute wohl von einem Leerlauf der Wirtschaft, weil sie nicht so viel ausschüttet, wie sie bei vollem Betrieb vollbringen könnte. Aber werden auch die Menschen so angespannt, daß man immer von voll produktiven Leistungen sprechen könnte? Haben wir vielleicht nicht eine Arbeitsbereitschaft statt voller Beschäftigung? Suchen sich nicht lieber Hunderttausende einen bequemeren Unterhalt durch einen unproduktiven Handel, statt durch unmittelbare Arbeit die Güter der Wirtschaft zu vermehren? Das Verbandswesen hat seit dem Kriege einen Umfang angenommen, daß man hier vielfach von einer Überorganisation spricht. Die Papiergewaltwirtschaft führte zugleich zu einer Aufblähung des Bankwesens und zwang gebührende Menschen mehr in dessen Dienst, als vor dem Kriege nötig und der Fall war. Steht die Menschenverwendung hier in einem richtigen Verhältnis zu den Händen in Betrieb und Werkstatt, müssen nicht manche Leistungen als minder produktiv angesehen werden, veranlaßt durch eine Scheinproduktivität, einer Scheinblüte der Wirtschaft?

Erhöhte Finanzlasten können nur getragen werden von einer starken, auf die höchste Arbeitsleistung eingestellten Volkswirtschaft. Wie vieles haben wir da noch nachzuholen, teils als Opfer des Schicksals von Krieg und Revolution, teils aus eigenem Schicksal! Wir bauen sonst auf Sand und ruhen, wie wir es erleben, die Güte des valutarischen Auslandes vergebens an. Eine Stärkung der Wirtschaft und Finanzen setzt einen starken Parlamentarismus voraus, verbürgt durch eine breite Parteienkoalition. Vor allem die Partei, die man im Ausland als die Vertretung der deutschen Wirtschaft ansieht, muß in dieser Koalition festverbunden vertreten sein.

So ergeben sich für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft und des Vaterlandes die mannigfachen Zusammenhänge. Ein Rad muß ins andere greifen. Finanzen und Wirtschaft müssen in enge Beziehungen gebracht werden, die deutsche Wirtschaft muß allseitig auf vollen Betrieb gestellt werden. Nur so gelangen wir wieder zu einer Grundlage, die auch eine Wiedergutmachung für das Ausland auf die Dauer tragen kann.

Neuß, 27. Dezember 1921.

Die Eisenbahnstationen sind jetzt mit
Rückgang der Zahl der gestellten Wagen für Rol



Neuß: Friseur Vossen, Oberstraße 131.
Revelinghoven: Friseur Penn, Grebendr.

Die Landwirtschaft

Neuf: Friseur Vossen, Oberstraße 131.
Revelinghoven: Friseur Genn, Grebendr.

offen stehen zur Sicherung der Fleischversorgung in

11

Aus dem Sonderlichen Verlag Treibhorn

Neuf: Friseur Vossen, Oberstraße 131.
Develinghoven: Friseur Genn, Grebendr.

9. H. 5. meistdeutscher Meister.

Neuf: Friseur Vossen, Oberstraße 131.
Develinghoven: Friseur Genn, Grebendr.

Ein „Lebemann“.	Ungenannt aus Greifath	10.
	Ungenannt aus Neuf	50.

Neuß: Friseur Vossen, Oberstraße 131.
Wevelinghoven: Friseur Genn, Grebenstr.

beileiten Sie in **100 000** sind aufsteigend

RECEIVED

